

Braunkohlenindustrie fordert verlässliche Perspektive

HELMAR RENDEZ, Germany

Die deutsche Bundesregierung sieht sich seit Jahren in der Rolle des internationalen Klimavorreiters. Schon in ihrem Energiekonzept von 2010 hat sie nationale CO₂-Reduktionsziele für 2020 aufgestellt, deren Erreichbarkeit bereits damals von vielen in Frage gestellt wurde. Sie sollten recht behalten. Das neue Ziel für 2030 fällt nicht weniger ehrgeizig aus – ganz zu schweigen von der gleichfalls angekündigten „Klimaneutralität“ bis 2050. Um diesmal die Ziele auch mit wirklichen Maßnahmen zu unterstützen hat die Bundesregierung ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, das für die Sektoren Industrie/Energie, Wärme und Verkehr jahresscharfe Reduktionsziele bis 2030 definiert und bei drohendem Nichterreichen zeitnahe Sofortmaßnahmen fordert. Auch wenn die Energieindustrie der einzige Sektor sein wird, der bis 2020 seine Ziele erreicht, wurde politisch festgelegt, diesen Sektor erneut überproportional zur neuen Zielerreichung heranzuziehen. Dabei soll der politisch beschleunigte Kohleausstieg eine zentrale Rolle spielen. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung im Sommer 2018 eine Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einberufen. Diese Kommission hat Anfang 2019 Empfehlungen für einen Ausstiegspfad bis Ende 2038 vorgelegt.

Obwohl die Auswirkungen und Konsequenzen des bereits zuvor beschlossenen und bis 2022 vollzogenen deutschen Kernenergieausstiegs auf die Versorgungssicherheit noch nicht absehbar sind, schreiten die gesetzlichen Vorbereitungen für den Ausstieg aus der nächsten gesicherten Erzeugungstechnologie weiter voran. Bis zu diesem Ausstiegsdatum wird die deutsche Braunkohle weiterhin ihren wichtigen Beitrag zum Erhalt einer sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieversorgung leisten. Das habe ich anlässlich des diesjährigen Braunkohletags in Köln erklärt. Dafür benötigt die heimische Braunkohlenindustrie Planungssicherheit und politische Verlässlichkeit bis zu dem von der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung vorgeschlagenen Enddatum für die Kohlennutzung. Über den gesamten Zeitraum bis Ende 2038 muss die Lebensfähigkeit des Industriezweigs und der Reviere unbedingt erhalten bleiben.



H. RENDEZ

Gegenüber den bisherigen Revierplanungen bedeuten die Empfehlungen der Kommission eine deutliche Verkürzung, was erhebliche Struktur Anpassungen vor allem in den ost- und mitteldeutschen Regionen und schwerwiegende Eingriffe in die Tätigkeit und Planungen der Unternehmen zur Folge hat. Wir können nur dringend an alle Verantwortlichen, insbesondere in der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik appellieren, die Risiken für die Versorgungssicherheit nicht zu unterschätzen. Die viertgrößte Volkswirtschaft braucht gleichermaßen Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz in der Energieversorgung. Eine zuverlässige Stromversorgung ohne Unterbrechungen an 365 Tagen im Jahr benötigt verlässliche, wetter- und importunabhängige Erzeugungskapazitäten, wie die Braunkohle sie seit Jahrzehnten bietet. Der Beitrag von Photovoltaik und Wind zur gesicherten Stromversorgung liegt trotz hoher und wachsender Einspeisungen immer noch zwischen Null und einem Prozent der installierten Leistung. Dies wird sich erst ändern, wenn es gelingt, technologische Speicherkapazitäten für eine längere Dunkelflaute zu errichten und nachhaltig subventionsfrei betreiben zu können. Dies ist trotz aller Bemühungen heute weder kurz- noch mittelfristig absehbar. Verschärfend kommt hinzu, dass bereits 2023 damit zu rechnen ist, dass die inländischen Stromerzeugungskapazitäten nicht mehr ausreichen werden, um die Stromnachfrage zu allen Zeiten abzudecken.

Trotz erschwerten Rahmenbedingungen bleiben unsere Reviere gewohnt leistungsfähig. Im Rheinland wurden 2018 rund 86 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Hier wird die Braunkohle auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Im Jahr 2016 hat die Landesregierung mit ihrer Leitentscheidung zu Garzweiler Region und Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit gegeben, auch wenn dies für das bergbautreibende Unternehmen mit dem Verlust mehrerer Hundert Millionen Tonnen gewinnbarer Kohle verbunden war. Sowohl die frühere wie die gegenwärtige Landesregierung erkennt mit dieser Leitentscheidung die energie-wirtschaftliche Notwendigkeit aller drei Tagebaue im Rheinland für die Zeit nach 2030 an. Aufgrund der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster in einem Eilverfahren hat sich RWE entschlossen, bis zur Winterperiode 2019/2020 keine Rodungen im Hambacher Forst mehr vorzunehmen und die Abrauma- und Kohlegewinnung in eingeschränkter Form weiterzutreiben. Seit 2017 hat das Unternehmen bereits vier Kraftwerksblöcke in die vierjährige Sicherheitsbereitschaft überführt, was zur Folge hat, dass sich die CO₂-Emissionen aus der Braunkohle gegenüber 2017 um 40 bis 50 Prozent reduzieren werden.

Im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier lag die Förderung bei etwa 19 Millionen Tonnen. Hauptabnehmer sind die Kraftwerke Lippendorf und Schkopau sowie Industriekraftwerke und Anlagen für die Versorgung mit Fern- und Prozesswärme. Die Lagerstätten umfassen eine Größenordnung, die einen Betrieb für weitere 20 Jahre sichert. In den Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain findet derzeit mit hohen Investitionen ein Wechsel in neue

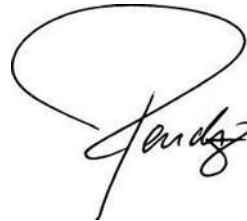
Dr. HELMAR RENDEZ,
Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke
AG, Vom-Stein-Straße 39, 03050 Cottbus, Germany
Tel. +49 355-2887-0, Fax +49 355 2887-2424
info@leag.de

Abbaufelder innerhalb der beiden Tagebaue statt. Darüber hinaus werden im Mitteldeutschen Revier weitere 500 000 Tonnen Rohbraunkohle durch die ROMONTA gefördert und zu 14 000 Tonnen Rohmontanwachs verarbeitet.

In der Lausitz, auf die mit knapp 61 Millionen Tonnen gut ein Drittel der gesamten inländischen Braunkohlenförderung 2018 entfiel, soll nach dem 2017 verabschiedeten Revierkonzept der Tagebau Jänschwalde bis 2023 planmäßig zu Ende geführt werden. Das Kraftwerk Jänschwalde soll dann für weitere rund zehn Jahre aus dem Revier versorgt werden. Im Tagebau Nochten wird zunächst das Abbaugebiet 1 zu Ende geführt. Aus dem Abbaugebiet 2 will die LEAG anschließend rund 150 Millionen Tonnen Braunkohle gewinnen, um die Versorgung des Kraftwerks Boxberg sicherzustellen. Dafür wurde am 28. März 2019 ein Vertrag zur Umsiedlung des Ortes Mühlrose unterzeichnet. Gut vier Monate später begannen die Erschließungsarbeiten für den Umsiedlungsstandort. Jeweils zum 1. Oktober 2018 und 2019 ist ein 500-MW-Block des Kraftwerkes Jänschwalde in die vierjährige Sicherheitsbereitschaft überführt worden.

Klimapolitisch hat die deutsche Braunkohle geliefert. Zwischen 1990 und 2020 sind die CO₂-Emissionen aus Braunkohlekraftwerken um mehr als 50 Prozent gesunken. Auch in Zukunft bleibt die Kohlenverstromung hundertprozentig kompatibel zu den europäischen Klimaschutzziele. Jetzt geht es darum, den politisch gewollten Kohleausstiegspfad auf einem sicheren energie- und

umweltpolitischen Fundament zu definieren und umzusetzen. Keinesfalls dürfen die Empfehlungen der Kommission durch neue energie- und umweltrechtliche Eingriffe unterlaufen werden. Vorzeitige Stilllegungen müssen angemessen und auf dem Verhandlungsweg entschädigt werden, das gilt insbesondere auch für die Tagebaue. Zur Absicherung einer sicheren und wirtschaftlichen Energieversorgung hält der Braunkohlen-Industrie-Verein DEBRIV realistische Revisionsklauseln sowie transparente Überprüfungen der Beschlüsse für unverzichtbar. Um nachhaltige Perspektiven für die Regionen zu entwickeln, ist ein aktiver Bergbau als industrielle Andockstelle von großer Bedeutung.



Dr. Helmar Rendez,
Vorstandsvorsitzender des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), Vorstandsvorsitzender der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG